

Die Gesellschaftsgruppe im italienischen Recht

Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung im europäischen Recht

Bearbeitet von
Alexandra Mohn

1. Auflage 2012. Buch. XXVIII, 367 S. Hardcover
ISBN 978 3 11 028829 2
Format (B x L): 15,5 x 23 cm
Gewicht: 661 g

[Recht > Europarecht , Internationales Recht, Recht des Auslands > Recht des Auslands > Ausländisches Recht: West- und Südeuropa](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXI
Abgekürzt zitierte Europäische Richtlinien und sonstige Quellen das Europäische Recht betreffend	XXV
§ 1 Einleitung	1
I. Ausgangspunkt: Regelungsvorhaben der Europäischen Union und das Recht der Gesellschaftsgruppe in Europa	1
II. Die Regelung von Gesellschaftsgruppen in Italien – Modell für die europäische Rechtsentwicklung?	5
III. Ziel, Gegenstand und Gang der Untersuchung	6
IV. Terminologie	8
1. Kapitel – Grundfragen	11
§ 2 Rechtsstatsächlicher Kontext	11
I. Unternehmenslandschaft in Italien	11
1. Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	11
2. Wirtschafts- und Finanzstruktur italienischer Unternehmen	13
3. Unternehmensorganisationsformen	15
4. Gruppen, Eigentümerstruktur und das Phänomen des Familienkapitalismus	16
5. ‚Typische‘ Gruppenstrukturen in Italien	19
II. Geschichtliche Entwicklung des Unternehmensrechts in Italien	23
1. Die Ausgangslage nach der Vereinigung Italiens im 19. Jahrhundert	23
2. Der Codice Civile von 1942 als Quelle des Kapitalgesellschaftsrechts	24
3. Entwicklungen seit 1942	25
III. Das Reformprojekt: Die Debatte um die Einführung und der Weg der Gesetzgebung	27
1. Das Mirone-Projekt und der Gegenentwurf	28
2. Der Erlass des Ermächtigungsgesetzes n. 366/2001	29
3. Die Ausführungsverordnungen zur Reform	29
4. Die Inhalte der Gesellschaftsrechtsreform betreffend Gesellschaftsgruppen im Überblick	31
IV. Zusammenfassung § 2	31

§ 3 Die Gesellschaftsgruppe als Regelungsgegenstand: Möglichkeiten einer rechtlichen Anknüpfung – Bildung eines Grundtatbestandes	34
I. Einführung in die Begriffsvielfalt - Anknüpfungstatbestände im italienischen Recht	35
1. Art. 2359 cod. civ. als Grundtatbestand von Kontrolle	37
a. Interne Kontrolle auf rechtlicher Grundlage, Art. 2359 Abs. 1 Nr. 1 cod. civ.	38
b. Interne Kontrolle auf tatsächlicher Grundlage, Art. 2359 Abs. 1 Nr. 2 cod. civ.	39
c. Gemeinsame Elemente gesellschaftsintern vermittelter Kontrolle	40
aa. Maßgeblichkeit der Stimmrechtsmehrheit	40
bb. Einbeziehung mittelbarer Kontrolle	41
d. Zwischenfazit: Bedeutung des stimmrechtlich vermittelten Einflusses	41
e. Sonderfall: Kontrolle aufgrund besonderer vertraglicher Bindungen, Art. 2359 Abs. 1 Nr. 3 cod. civ.	42
aa. Inhalt der Regelung	42
bb. Einordnung in das Recht der Wettbewerbsbeschränkungen statt in das Gesellschaftsrecht?	44
cc. Keine Gleichsetzung mit Zweckgesellschaften	45
(1) Keine Gleichsetzung wirtschaftlicher Abhängigkeit mit der wirtschaftlichen Betrachtungsweise im Rahmen der Gruppenkonsolidierung	46
(2) Unwahrscheinlichkeit von Rückwirkungen auf den gesellschaftsrechtlichen Beherrschungs- bzw. Kontrollbegriff	47
dd. Fazit	49
f. Sonderfall: verbundene Gesellschaften, Art. 2359 Abs. 3 cod. civ.	49
2. Bilanz- und kapitalmarktrechtliche Erweiterungen des gesellschaftsrechtlichen Grundtatbestandes von <i>controllo</i>	50
a. <i>Imprese controllate</i> im Sinne des Bilanzgesetzesdekretes n. 127/199	51
aa. Der bilanzrechtliche Kontrolltatbestand im Einzelnen	51
bb. Annäherung an internationale Rechnungslegungsstandards	54
cc. Maßgebliche Unterschiede gegenüber dem gesellschaftsrechtlichen Kontrolltatbestand	55
b. <i>Controllo</i> im Sinne des Art. 93 TUF	56
aa. Der kapitalmarktrechtliche Kontrolltatbestand im Einzelnen	56
bb. Verhältnis zum bilanz- und zum gesellschaftsrechtlichen Kontrollbegriff	56

cc. Relevanz des kapitalmarktrechtlichen Kontrollbegriffes	58
dd. Bedeutung innerhalb der Zurechnung für kapitalmarkt- rechtliche Mitteilungspflichten	58
ee. Keine Relevanz im Zusammenhang mit dem Übernahme- recht	59
c. Zwischenfazit zu bilanz- und kapitalmarktrechtlichem Kon- trollbegriff	60
3. Sonstige spezialgesetzliche Ansätze	62
a. <i>Controllo</i> im Sinne des TUB	62
aa. Der bankaufsichtsrechtliche Kontrolltatbestand im Ein- zelnen	62
bb. Regelungstechnik im Lichte der Bankenkoordinierungs- richtlinie und deren Umsetzung	63
cc. Relevanz des Kontrollbegriffes und die Tätigkeit von Lei- tung und Koordinierung im Rahmen des italienischen Bankaufsichtsrechts	64
b. Bestimmender Einfluss und Kontrolle im Sinne des Kartell- gesetzes n. 287/1999	65
aa. Kartellrechtlicher Kontrolltatbestand und Regelungszu- sammenhang	65
bb. Inhaltlich anderer Ansatz als der des gesellschaftsrecht- lichen Kontrolltatbestandes	66
c. Gruppenunternehmen und einheitliche Leitung im Sinne des Gesetzesdekretes über die außerordentliche Verwaltung großer Unternehmen n. 270/1999	68
aa. <i>Imprese di gruppo</i> – Gruppenunternehmen	68
bb. <i>Direzione unitaria</i> als Anknüpfungsmerkmal einer Haf- tungsregelung	69
cc. Der Tatbestand der einheitlichen Leitung im Rechtsver- gleich	70
II. Zwischenfazit: Parallele zwischen italienischem Kontrollkonzept und deutschem Beherrschungsprinzip	71
1. Stimmenmehrheit als Ausgangspunkt des Control-Konzeptes .	71
2. Beherrschender Einfluss als Synonym von <i>controllo</i>	72
3. Modifizierungen des italienischen Kontrollbegriffes	72
4. Das umgekehrt parallele Verhältnis von beherrschendem Ein- fluss und Abhängigkeit im deutschen Recht	74
5. Zwischenergebnis: beherrschender Einfluss als Charakteristi- kum des italienischen Kontrollkonzeptes und der Abhängig- keit im Sinne von § 17 AktG	75
III. Das Verhältnis der Begriffe zueinander	76
IV. Die tatsächliche Ausübung der Tätigkeit von Leitung und Koordi- nierung als Anknüpfungstatbestand für die Regelung der Gruppe im italienischen Recht	78
1. Art. 2497- <i>sexies</i> cod. civ.: <i>Presunzioni</i> – Vermutungen	80

Inhaltsverzeichnis

2. Art. 2497- <i>septies</i> cod. civ.: Koordinierung zwischen Gesellschaften	81
3. Regelungszusammenhang	84
4. Zwischenergebnis <i>attività di direzione e coordinamento</i>	85
V. Ergebnis: Elemente eines denkbaren Grundtatbestandes, Modifikationen und Aufbauatbestand	86
1. Mittel der Einflussnahme: gesellschaftsrechtliche Grundlage	87
a. Rein formell Einfluss vermittelnde Position	88
aa. Beherrschungsvertrag	88
bb. Mehrheit der Kapitalanteile	89
cc. Stimmrechtsmehrheit	90
dd. Bessere Eignung der Stimmrechtsmehrheit	90
b. Modifikationen: Berücksichtigung tatsächlicher Gegebenheiten	91
aa. Festlegung einer Schwelle?	91
bb. Beherrschender Einfluss als Oberbegriff?	92
cc. Kriterienkatalog	93
(1) Bestellungsrechte	93
(2) Stimmbindungsverträge	94
(3) Zwischenergebnis	94
2. Auswirkungen des Einflusses	95
a. Einflusspotential – die bloß mögliche Ausübung von Einfluss	95
b. Die tatsächliche Ausübung von Einfluss	96
c. Zwischenergebnis: funktionale Differenzierung	97
3. Kreis erfasster Rechtssubjekte	97
2. Kapitel – Regelungsaspekte in der bestehenden Gesellschaftsgruppe	99
§ 4 Informationsregeln	99
I. Begriffliche Unterscheidungen	101
II. Selbst- und Präventivschutz durch Information	102
III. Information im Außenverhältnis	103
1. Registerpublizität	103
a. Publizitätsvorgaben für die Einpersonenkapitalgesellschaft	105
aa. Anforderungen an die Eintragung	105
bb. Konstitutive Wirkung der Eintragung für das Haftungsprivileg	106
b. Besondere Registerpublizität der Gruppenzugehörigkeit, Art. 2497- <i>bis</i> cod. civ.	107
aa. Eintragungspflicht der Gruppenzugehörigkeit als Publizitätsinstrument	108
bb. Rechtsfolgen bei Nichteintragung der Gruppenzugehörigkeit	109
cc. Problematik des Anknüpfungsmerkmals	110

(1) Im Vergleich: Eintragungspflicht eines Unternehmensvertrages nach § 294 AktG	110
(2) Bisherige Vorschläge für ein Konzern- bzw. Gruppenregister	111
(3) Erste Zahlen aus der italienischen Eintragungspraxis	111
(4) Reaktion der <i>Consob</i> für börsennotierte Gesellschaften	112
dd. Kritische Bewertung der unternehmensregisterlichen Gruppenpublizität	112
2. Korrespondenzpublizität	113
3. Publizität im Zusammenhang mit der Rechnungslegung	115
a. Erweiterung des Anhangs der Tochtergesellschaft, Art. 2497- <i>bis</i> Abs. 4 cod. civ.	116
b. Erweiterung des Lageberichtes der Tochtergesellschaft, Art. 2497- <i>bis</i> Abs. 5 cod. civ. 116	117
c. Lückenhaftigkeit der gruppenspezifischen Ergänzungen zur Rechnungslegung	118
d. Zusammenfassung: gruppenspezifische Publizität im Zusammenhang mit der Rechnungslegung	119
4. Beteiligungstransparenz	121
a. Offenlegung der Beteiligungsverhältnisse in der nicht börsennotierten Aktiengesellschaft	123
b. Kapitalmarktrechtliche Beteiligungstransparenz durch Mitteilungspflichten bei Erwerb von Anteilen	124
aa. Mitteilungspflicht bei Erwerb einer Beteiligung an einer börsennotierten <i>s.p.a.</i>	125
bb. Rechtsfolgen bei Verletzung der Mitteilungspflicht	126
cc. Mitteilungspflicht bei Erwerb einer Beteiligung durch eine börsennotierte <i>s.p.a.</i>	126
c. Offenlegung von Nebenabreden (<i>patti parasociali</i>)	127
aa. Exkurs: Der Begriff der kapitalmarktorientierten <i>s.p.a.</i>	129
bb. Offenzulegende Arten von Nebenabreden in der kapitalmarktorientierten <i>s.p.a.</i>	131
cc. Exkurs: Höchstdauer von 5 Jahren für Nebenabreden	131
dd. Offenlegungspflicht nach Art. 2341- <i>ter</i> cod. civ. für kapitalmarktorientierte <i>s.p.a.</i>	132
ee. Erweiterte Offenlegungspflicht für Nebenabreden in der börsennotierten <i>s.p.a.</i>	133
d. Zwischenergebnis: Beteiligungstransparenz in der italienischen <i>s.p.a.</i>	135
5. Transparenz von Entscheidungen und Einflussnahme(potential)	136
a. Begründungspflicht von Entscheidungen in der Tochtergesellschaft, Art. 2497- <i>ter</i> cod. civ.	136
aa. Gegenstand, Umfang und Adressaten der Begründungspflicht	138

Inhaltsverzeichnis

bb. Angaben im Lagebericht	140
cc. Rechtsfolge bei Verletzung der Begründungspflicht . . .	141
dd. Verhältnis zum Abhängigkeitsbericht nach § 312 AktG .	141
ee. Gesonderte Dokumentation gruppeninterner Beziehungen im europäischen Vergleich	144
b. Zwischenergebnis: Entscheidungstransparenz in gruppenzugehörigen Gesellschaften	145
c. Offenlegung von Interessenkonflikten der Mitglieder des Leitungsorganes, Art. 2391 cod. civ.	146
aa. Offenlegungspflicht des Mitgliedes im Interessenkonflikt	146
bb. Begründungspflicht des Gesamtorganes	148
cc. Unmittelbare Rechtsfolgen bei Nichtbeachtung der Mitteilungs- und Begründungspflicht und sonstige Rechtsbehelfe gegen einen interessengeleiteten Beschluss . . .	150
d. Bedeutung im Gruppenzusammenhang sowie Verhältnis zu Art. 2497-ter cod. civ.	151
e. Offenlegung von Regeln über den Umgang mit related party transactions, Art. 2391-bis cod. civ.	152
aa. Die Regelung des Art. 2391-bis cod. civ. im Überblick . .	153
(1) Definition von related parties nach der Verordnung der <i>Consob</i>	155
(2) Kriterien über den Umgang nach der Verordnung der <i>Consob</i> im Überblick	155
bb. Überwachung der Einhaltung und fehlende gesetzliche Sanktionen	157
cc. Zusammenhang mit den übrigen Regelungen über die Transparenz von Entscheidungen und Einflussnahme (potential)	158
dd. Die Regelung des Art. 2391-bis cod. civ. im europäischen Kontext	159
IV. Ausgewählte gruppenrelevante Informationsflüsse	159
1. Organschaftliche Informationsrechte und -pflichten in der <i>s.p.a.</i>	160
a. (Gruppendimensionale) Berichtspflicht des Leitungsorganes	161
b. Exkurs: Stellung des <i>collegio sindacale</i> im Organisationsgefüge der <i>s.p.a.</i> und besondere Anforderungen an dessen Mitglieder	162
aa. Berufliche Anforderungen	164
bb. Abschlussprüfung durch das <i>collegio sindacale</i>	166
c. Teilhabe des Kontrollorganes am allgemein gesellschaftsinternen Informationsfluss	168
d. Gruppenbezogene Ausgestaltung der Untersuchungskompetenzen des Kontrollorganes	170
e. Berichtspflicht des Kontrollorganes gegenüber der Aktionärsversammlung	171
2. Individuelle Informationsrechte der Aktionäre	172

a.	Einsichtnahmerecht in die Bücher der Gesellschaft	172
b.	Informationsrechte im Zusammenhang mit der Aktionärs- versammlung	173
c.	Anzeigerecht gegenüber dem Kontrollorgan	175
3.	Informationsflüsse in der <i>s.r.l.</i>	176
4.	Zwischenergebnis: organschaftliche und individuelle Informa- tionsrechte	177
5.	Sonderprüfung	179
a.	Voraussetzungen	180
b.	Gegenstand der Sonderprüfung: schwere Unregelmäßig- keiten der Mitglieder des Leitungsorganes	180
c.	Schaden	181
d.	Begründeter Verdacht	182
e.	Antragsbefugnis und Kostenverteilung	182
aa.	Aktionäre	182
bb.	Sonstige Antragsbefugte	183
f.	Die Sonderprüfung im Gruppenkontext	184
g.	Durchführung und Verfahren	185
h.	Stellung der Sonderprüfung im innerverbandlichen Infor- mations- und Kontrollsystem des italienischen Rechts unter Berücksichtigung der Vorschläge auf europäischer Ebene	187
V.	Zusammenfassung § 4	189
§ 5	Ordnungsgemäße Gruppengeschäftsführung	191
I.	Allgemeiner Ansatz des Kapitalgesellschaftsrechts	191
II.	Auswirkungen der Gruppenzugehörigkeit	192
III.	Aspekte einer ordnungsgemäßen Gruppengeschäftsführung	192
IV.	Vorhandene Regelungsansätze im Überblick	193
V.	Der italienische Ansatz einer ordnungsgemäßen Gruppen- geschäftsführung	195
1.	Art. 2497 cod. civ. als zentrale Regelung	195
2.	Regelungsadressat: maßgebliche Anknüpfung im Hinblick auf die Art der Gruppenbeziehung	196
3.	Kriterien für eine zulässige Einflussnahme und ihre Grenzen	197
a.	Verhaltensweisen zum Nachteil der Tochtergesellschaft	198
aa.	Handeln in einem eigenen oder fremden unternehme- rischen Interesse	198
bb.	Verletzung der Prinzipien ordnungsgemäßer Gesell- schafts- und Unternehmensführung	199
b.	Folge der Einflussnahme auf die Tochtergesellschaft	202
aa.	Einbußen in der Ertragskraft und im Wert der Beteili- gung für den Gesellschafter	203
(1)	Begriff der Ertragskraft	203
(2)	Begriff des Wertes der Beteiligung	204

Inhaltsverzeichnis

bb. Problem: lediglich mittelbarer Schaden des Gesellschafters	204
(1) Allgemeine Systematik des italienischen Aktienrechts im Hinblick auf die Geltendmachung von Schäden der Gesellschaft	205
(2) Kritik am Widerspruch des Art. 2497 zur allgemeinen Systematik der aktienrechtlichen Haftungstatbestände	206
cc. Schaden in der Unversehrtheit des Gesellschaftsvermögens zu Lasten der Gläubiger	207
dd. Zusammenfassung: Pflichtwidrige Einflussnahme auf die Tochtergesellschaft	207
c. Gesamtbetrachtung gegenüber Einzelausgleich: Haftungsausschluss bei Vorteilsausgleich	208
aa. Theorie der kompensierenden Vorteile	208
bb. Streit um eine enge oder weite Sichtweise im Hinblick auf die kompensationsfähigen Vorteile	209
cc. Exkurs: Strafrechtliche Haftung für Vermögensuntreue, Art. 2634 cod. civ.	209
dd. Wohl maßgeblich: tatsächlicher Nachteilsausgleich	210
ee. Einzelausgleich des deutschen Rechts	211
d. Zusammenfassung: Grenzen einer zulässigen Einflussnahme	212
4. Rechtsfolgen bei Verletzung	212
a. Grundsatz der Außenhaftung	212
b. Ausnahme: Subsidiarität der Inanspruchnahme der Obergesellschaft, Art. 2497 Abs. 3 cod. civ.	213
c. Geltendmachung	215
d. Gesamtschuldnerische Mithaftung	216
e. Rechtsnatur der Haftung	218
5. Exkurs: Verhältnis zu anderen Haftungstatbeständen	220
6. Zusammenfassende Betrachtung	222
a. Kritische Bewertung des italienischen Ansatzes	222
b. Maßgebliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede	223
c. Praktische Bedeutung(slosigkeit)?	224
VI. Einbettung in das italienische Gesellschaftsrecht: ausgewählte flankierende Instrumente	224
1. Beschränkung personeller Verflechtungen	225
a. Gründe für personelle Verflechtungen in der Gesellschaftsgruppe	226
b. Konfliktpotential personeller Verflechtungen	227
c. Zahlenmäßige Begrenzung der Ämterhäufung	228
d. Beschränkungen personeller Verflechtungen im italienischen Recht	229
aa. Inkompatibilität von Leitungs- und Kontrollfunktion	229

bb. Ausdehnung der Inkompatibilität auf nicht organschaftliche Rechtsbeziehungen	232
cc. Inkompatibilität im Hinblick auf Beratungsleistungen durch Mitglieder des Kontrollorganes	233
dd. Inkompatibilität im Hinblick auf die Funktion des Abschlussprüfers	234
ee. Unabhängigkeitsanforderung im Hinblick auf die Überwachung der Abschlussprüfung	235
e. Zwischenergebnis: Die Regelung personeller Verflechtungen im italienischen Recht	236
2. Beschränkung wechselseitiger Beteiligungen	238
a. Konfliktpotential wechselseitiger Beteiligungen	238
b. Eingeschränkte Zulässigkeit wechselseitiger Beteiligungen bei Vorliegen einer Kontrollbeziehung	239
c. Wechselseitige Beteiligungen unter Beteiligung einer börsennotierten <i>s.p.a.</i>	240
d. Die Regelung wechselseitiger Beteiligungen im europäischen Vergleich	241
3. Gruppeninterne Finanzierungen, 2497- <i>quinquies</i> cod. civ.	241
a. Erfasste Finanzierungen	242
b. Rechtsfolgen: Nachrang und Erstattungspflicht	244
c. Zweck der Regelung	244
d. Bedeutung im Gruppenzusammenhang	246
4. Zusammenfassung: Flankierende Instrumente	247
VII. Der italienische Ansatz im Verhältnis zum Rozenblum-Konzept sowie den auf dessen Grundlage ergangenen Vorschlägen auf europäischer Ebene	248
1. Der Rozenblum Ansatz sowie die auf seiner Grundlage ergangenen Vorschläge auf europäischer Ebene	248
a. Tatbestandsmerkmale des Rozenblum-Ansatzes im Einzelnen	250
b. Rechtsfolgen des Rozenblum-Ansatzes	250
2. Argumente für die Rezeption des Rozenblum-Konzeptes auf Europäischer Ebene	251
3. Kritik am Rozenblum-Konzept sowie an den auf ihm basierenden Vorschlägen	252
4. Ergebnis: Verhältnis des Rozenblum-Ansatzes zum italienischen Konzept ordnungsgemäßer Gruppengeschäftsführung	254
VIII. Ergebnis § 5	255

3. Kapitel – Regelungsfragen im Zusammenhang mit dem Entstehen einer Gruppenbeziehung	257
§ 6 Regelungsfragen bei Entstehen einer Gruppenbeziehung	257
I. Der Gruppenbildung zugrunde liegende Problematik auf der Ebene der Tochtergesellschaft	258
II. Lösungsansätze	259
1. Gesonderte Behandlung börsennotierter Aktiengesellschaften	259
2. Unterschiedliche Rechtslage in nicht börsennotierten Kapitalgesellschaften	260
3. Vorschläge auf europäischer Ebene	261
III. Kapitalmarktrechtliches Pflichtangebot	262
IV. Das Austrittsrecht bei Entstehen einer Gruppenbeziehung, Art. 2497- <i>quater</i> Abs. 1 c) cod. civ.	264
1. Das Austrittsrecht als Regelungsinstrument in nicht börsennotierten Gesellschaften	265
2. Wertberechnung der Abfindung	266
3. Modalitäten bei Ausübung des Austrittsrechts	267
4. Zusammenfassende Betrachtung der italienischen Konzeption des Austrittsrechtes	268
V. Privatautonome Gestaltungsmöglichkeiten	272
1. Beschränkungen der Übertragbarkeit	273
a. Beschränkungen der Übertragbarkeit in der Aktiengesellschaft	274
b. Beschränkungen der Übertragbarkeit in der Gesellschaft mit beschränkter Haftung	276
c. An- oder Vorkaufsrechte	278
d. Zwischenergebnis	278
2. Stimmrechtsregelungen	279
a. Aktiengesellschaft	279
b. Gesellschaft mit beschränkter Haftung	281
c. Zwischenergebnis	282
3. Austrittsrecht	282
4. Zusammenfassung privatautonome Gestaltungsinstrumente	282
VI. Zusammenfassung § 6	283
4. Kapitel: Zusammenfassung und Schlussfolgerungen für eine europäische Regelung	287
§ 7 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	287
I. Begriffliche Erfassung der Gruppe	287
II. Information als Regelungsansatz im italienischen Recht	288
1. Die Gruppe und die in ihr vorhandenen Rechtsbeziehungen betreffende Informationsregeln	288

2. Die Bedeutung des Lageberichtes als Informationsquelle . . .	291
3. Schwach ausgeprägte gruppeninterne Informationsflüsse . . .	292
4. Sonderprüfung	293
5. Fazit: kein Informationsmodell hinsichtlich der Gruppe im italienischen Recht	293
III. Parallele Funktion von Abhängigkeitsbericht und Begründungs- pflicht gruppenbeeinflusster Entscheidungen im italienischen Recht	294
IV. Ordnungsgemäße Gruppengeschäftsführung	295
V. Austrittsrecht bei Entstehen einer Gruppenbeziehung	297
§ 8 Schlussbetrachtung im Hinblick auf eine Europäische Regelung von Gesellschaftsgruppen	298
I. Relevanz der Entscheidung über einen Anknüpfungstatbestand .	298
II. Information als Regelungsansatz für die Gruppe	298
III. Gesonderte Offenlegung von Gruppenbeziehungen	299
IV. Sonderprüfung	300
V. Ordnungsgemäße Gruppengeschäftsführung	300
VI. Austrittsrecht bei Entstehen einer Gruppenbeziehung	300
Anhang: Gesetzesauszüge in deutscher Übersetzung	303
I. Codice civile	303
II. Bilanzgesetzesdekret n. 127/1991	312
III. Testo Unico di Intermediazione Finanziaria (TUF)	312
IV. Testo Unico di Intermediazione Bancaria (TUB)	313
V. Kartellgesetz n. 287/1990	315
VI. Gesetzesdekret über die außerordentliche Verwaltung großer Unternehmen n. 270/1999	315
Literaturverzeichnis	317
Stichwortverzeichnis	337